



# Der neueste Moskauer Schwindel.

Prag, 28. März. (Tsch. B.) Die auswärtige Delegation der russischen Sozialrevolutionäre meldet: „Das Sowjet-Nachrichtendirektorat referiert über den Beschluß des sogenannten Kongresses einfacher Arbeiter der russischen sozialrevolutionären Partei, welcher beschlossen hat, die Partei „aufzulösen“ und sich den Kommunisten anzuschließen. Der auswärtige Nachrichtendienst der Sozialrevolutionäre erklärt, daß dieser Kongreß zu Provokationszwecken durch Agenten der staatlichen-politischen Verwaltung, nämlich der früheren „Czeryvaska“ einberufen worden ist und nicht im geringsten die illegal in Rußland existierenden Organisationen der Partei repräsentiert. In Rußland arbeiten trotz aller Verfolgung lokale und Kreisorganisationen und ein Zentralaus-

schuß der sozialrevolutionären Partei und es erscheinen in geheimen Buchdruckereien sechs periodische Zeitschriften. Die auswärtige Delegation ist mit diesen in ständiger Verbindung und kann kategorisch erklären, daß in Moskau kein Kongreß der sozialrevolutionären Partei stattgefunden hat. Die neue Moskauer Komödie wurde deshalb inszeniert, damit die öffentliche Meinung Europas verwirrt und die Meinung hervorgerufen werde, daß die sozialrevolutionäre Partei nicht existiert. Nichtabwesend bleiben die zum Tode verurteilten Mitglieder des Zentralausschusses weiter in Gefängnissen als Geiseln für diese angeblich nicht existierende Partei. Für die auswärtige Delegation der sozialrevolutionären Partei, B. Suchomlin.“

t u. s. Dank dieser kommunistischen Parteipolitik ist es in Ostrava soweit gekommen, daß bei den letzten Revierratswahlen drei Kandidatenlisten ein und desselben Verbandes überreicht wurden, daß die Ortsgruppen und Revierkomitees nach parteipolitischen Gesinnung der Mitglieder in sozialdemokratische, kommunistische und polnische zerlegt wurden.

Trotz aller dieser Umstände konnten diese Erscheinungen, wie auch der letzte Ostrauer Streik bewies, die Solidarität und den Kampfeswillen der Bergarbeiter nicht entscheidend beeinträchtigen. Aber dieser Tropfen höhlt den Stein! Und das ist die Gefahr, die den Bergarbeitern durch die methodische kommunistische Agitation erwächst und die nur dadurch beseitigt werden kann, wenn alle kommunistisch gesinnten Bergarbeiter sich zu dem bekennen, was ihr Führer Mazal auf der letzten Reichskonferenz ausgesprochen hat.

## Inland.

### Bilder aus der „Kampfgemeinschaft“.

#### Lodgman im Urteil der Gelben.

Erst war Krach im Parlamentarischen Verband. Aus seinen Trümmern erhob sich mit Trompetenstößen die „Kampfgemeinschaft“ der deutschnationalen und nationalsozialistischen Hakenkreuzler. Lodgman, der Große, ward ihr Führer. Die beiden Fronten der Deutschbürgerlichen rückten gegeneinander und dann — dann begann das Geplänkel der Kampfgemeinschaft untereinander. Von den Gelben gab Schilling, der Ritter von der traurigen Gestalt, den ersten scharfen Schuß ab, indem er mit Berufung auf eine Broschüre des ehemaligen Reichsratsabgeordneten Freikler behauptete, daß die Nationalsozialisten das Selbstbestimmungsrecht zurückgestellt hätten. Diese und andere Stimmen aus dem Lager der Deutschgelben zitierte Lodgman in seiner Karlsbader Rede, in der er sich — wie schon von uns erwähnt — als den letzten, einzigen Fahnenträger des Kampfes um die Selbstbestimmung hinstellte. Daß er an die paar deutschen sozialdemokratischen Arbeiter dabei nicht gedacht hat, würden die Gelben dem „Vater Unser“-Lodgman wohl verzeihen. Aber daß er sagte, er „könnte“ „mit Recht“ behaupten, „daß die nationalsozialistische Partei das Selbstbestimmungsrecht verlassen hat“, das bringt den zweiten Heerhaufen des Herrn Lodgman, seine gelben Kampfgefährten in solche Wut, daß sie wie von Sinnen den bis vor kurzem von ihnen wie ehemals vom gesamten Vürgertum als Gröhnen anerkannten Führer auf eine Weise bespuden, die bei den nationalsozialistischen Tinterlern bisher nur gegen die Sozialdemokraten üblich war. Der Duxer „Tag“ zitierte gestern die auf die Nationalsozialisten bezügliche Stellung aus Lodgmans Karlsbader Rede und verfaß das Zitat mit folgendem Kommentar:

„So weit Dr. Lodgman. Die Rabulistik seiner verchiedenen Satz- und Wortgebilde lassen wir links liegen. Wir stellen nur fest: Es ist eine tendenziöse Unterstellung, wenn Dr. Lodgman behauptet — („ich könnte es mit Recht tun“) — unsere Partei habe das Selbstbestimmungsrecht verlassen. Journalistische Extratouren einzelner Parteimitglieder sind erstens keine Parteibeschlüsse und waren zweitens immer von außenpolitischen Erwägungen diktiert. Der deutschböhmisches Landeshauptmann von heute geworden. Und im übrigen: Herr Dr. Lodgman hat den für einen Politiker unverzeihlichen Fehler, immer fünf Minuten zu spät zu kommen. Er war zu einer Zeit, wo eine geschlossene Obstruktion im Parlament noch Erfolge hätte erzielen können, gegen jede gewalttätige Obstruktion — (Prinzipielle Demokratie, daß Gott erbarm!) — und reißt jetzt, nachdem der tschechische Staat militärisch konsolidiert ist, die wilde Jagd ums Selbstbestimmungsrecht, während er zur Zeit der revolutionären Entwicklungen nach Dresden reistrierte, um in Paris an das Recht appellieren zu können. Herr Dr. Lodgman scheint also seinen Stolz darein zu setzen, immer die unrechten

Mittel zur unrechten Zeit anzuwenden. Er hätte seine **Desperado-Politik** im Jahre 1918 durchführen sollen, heute wirkt seine wilde verwegene Jagd nur noch als **Don Quixoterie**. . . . . Denn wir bezweifeln, daß das mit Worten heute zu erreichen ist, was Herr Dr. Lodgman vor vier Jahren verschmähte, mit Waffen erreichen. Im Jahre 1918, als deutschböhmisches Landeshauptmann, wäre Zeit und Stellung gewesen, das Selbstbestimmungsrecht zu erkämpfen. Nicht aber, Herr Lodgman, im Jahre 1923 als Verfallungsredner in Karlsbad! Zu spät kommt sie also, Herr Lodgman's wilde verwegene Jagd, so spät, daß aus der Jagd nach den tschechischen Feinden eine — Polemik gegen seine deutschen Freunde geworden ist. . . . .

Der Fettdruck der einzelnen Stellen stammt von uns. Die Verächtlichmachungen und Beschimpfungen aber muß Lodgman von der Partei und dem Blatte des Herrn Knirsch einstecken, von dem Lodgman bislang immer nur als von „meinem Freunde Knirsch“ gesprochen hat. „Desperadopolitiker“, „Don Quixote“, „Rabulist“ — das sind die Ruhmestitel, die der Knirsch, der bisher mit Lodgman „Schulter an Schulter“ kämpfte, „Deutschböhmens größtem Manne“ tafelfrei verleiht. Und dann geben ihm die Gelben noch rasch einen Tritt: als es brenzlich wurde, riß Lodgman aus, Rühmlich und ehrenvoll ist ja der Abstieg dieses einst aufrechten und anständigen Politikers wahrlich nicht. Verächtlich aber sind diese gelben Gesellen, die das, was sie gestern bejubelten und in den Himmel hoben, heute beschimpfen und bespuden. Vielleicht erkennt Herr Lodgman, der auch in den Augen der Gegner einmal mehr galt als die Knirsch und Jung und als die Kallina und Schollisch, wo er seine Begleiter auf dem Wege nach abwärts waren.

Die Verhandlungen über das Mieterschutzgesetz. Am Dienstag verhandelten die Nationaldemokraten mit den Hausbesitzern über die Frage des Mieterschutzes und formulierten nach dieser Beratung ihre Abänderungsanträge. In dem über diese Sitzung ausgegebenen Kommuniqué wird auch von der Gesetzesvorlage über die „Verlegung der gerichtlichen Räumung der zu Wohnzwecken dienenden Lokale“ gesprochen, was vermuten läßt, daß die Nationaldemokraten die Kaufstädte und Werkstätten aus der Wirksamkeit der sogenannten „Lex Reigner“ ausschließen wollen. Gestern vormittags hat eine Beratung der Mieterschutzpakt stattgefunden, die über die Verlängerung des Mieterschutzgesetzes und über die Novellierung der Reignerverordnung beriet. Es soll in den Hauptsachen eine grundsätzliche Einigung der Koalitionsparteien erfolgt sein. Nachmittags fand eine Sitzung des Zehnerausschusses der Koalition statt und es besteht die Absicht, das Mieterschutzgesetz dem ersten Ministerrat, der nach den Osterfeiertagen tagt, vorzulegen und am 10. April vor das Parlament zu bringen.

Wie für die Gemeinden gefordert wird! Die Beamten und Gemeindeangestellten der Stadtgemeinde Fleißchen haben Montag erklärt, in die passive Resistenz einzutreten. Die Ursache ist die Droffselung der Gemeindeverwaltung durch die geschickten Bestimmungen, wonach den Gemeinden das Recht genommen wurde, die Gemeindeumlagen selbst einzubehalten, ohne für ausreichende Zuweisungen zu sorgen, daß die Verwaltung keinen Schaden erleide. Durch diesen Umstand konnten den Gemeindeangestellten die Gehälter und Löhne schon längere Zeit nicht ausgezahlt werden. Trotz wiederholter Urgen um Geldzuweisungen wurden die Wohnungen von den Steuerbehörden unberücksichtigt gelassen und Hoffnungen und Versprechungen gemacht, die bis jetzt nicht erfüllt wurden. Bei einer Umlage von 510 Prozent im Jahre 1923 und einer Steuergrundlage von mehr als 60.000 Kronen, ohne die Zinssteuer, wurden der Stadtgemeinde Fleißchen nur 3000 Kronen in den ersten drei Monaten dieses Jahres zugewiesen. Unter diesen Umständen leiden nicht nur die Gemeindeangestellten, sondern der ganze Gemeinde- und besonders der Schulhaushalt sowie auch die Armen- und humanitären Anstalten, in welchen die Waisenkinder untergebracht sind. Die Gemeinde kann all diesen Verpflichtungen nicht

nachkommen. Darlehnszinsen und offene Rechnungsbeträge werden nicht länger gestundet. Und so kann nun der Fall eintreten, daß durch die Rücklichtlosigkeit der Steuerbehörden der Gemeinde bedeutende Gerichts- und Versteigerungskosten entstehen und Gemeindefiskus gerichtlich versteigert wird, ferner von Geldinstituten auf Grund der durch den Staat hervorgerufenen Verhältnisse, weitere Darlehen nicht mehr erhältlich sind. — Und solche Verhältnisse werden verursacht unter einem Regime, welches angibt, durch die geschaffenen Gesetze zur Finanzierung der Gemeinden diesen zu helfen.

Die Liebe zum deutschen Lehrstand. Vom Deutschen Landeslehrerverein in Böhmen wird uns mitgeteilt: Der Hauptausschuß des Deutschen Landeslehrervereines in Böhmen hat in seiner Sitzung vom 25. März l. J. folgende Entschliessung einstimmig gefaßt: „Vor kurzem wurde ein Lehrer, der in einer politischen Versammlung eine bereits in anderen Versammlungen von der Behörde unbeanstandet gelassene Entschliessung zur Verlesung brachte, von einer Gendarmerteilung mit aufgepflanztem Bajonett aus dem Unterrichts weggeführt. Der Hauptausschuß des Deutschen Landeslehrervereines i. B. verwahrt sich auf das entschiedenste gegen die in letzter Zeit immer mehr in Erscheinung tretende politische und nationale Verfolgung der deutschen Lehrerschaft. Er verteidigt mit allem Nachdruck die Rechte der Lehrerschaft auf politische Betätigung unter Hinweis auf die Bestimmung des § 117 der Verfassungsurkunde, nach denen die Freiheit der Meinungsäußerung innerhalb der gesetzlichen Schranken jedem Staatsbürger gewährleistet ist und die Ausübung dieses Rechtes niemandem in seinem Arbeits- oder Anstellungsverhältnisse zum Nachteile gereichen darf. Solange irgend eine politische Partei von der Regierung nicht aufgelöst worden ist, solange muß der Lehrerschaft die Zugehörigkeit und die im gesetzlichen Rahmen sich bewegende Tätigkeit in dieser Partei gestattet bleiben, umso mehr, als die Entscheidung für irgend eine parteipolitische Richtung die erste Vorbedingung für die Ausübung der in unserem Staats eingeführten Wahlen noch gebundenen Listen ist.“

Der Prager Sowjetgesandte über die Tschechoslowakei. Zu einem Redakteur der „Tribuna“ äußerte sich der russische Sowjetgesandte Jurienef wie folgt: „Die russische Regierung betrachtet die Tschechoslowakei als einen wichtigen Punkt Mitteleuropas, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, ist die tschechoslowakische Republik der Knoten des wirtschaftlichen Lebens der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie und durch die Potenz ihrer industriellen Erzeugung gehört sie unter die wichtigsten Länder der mitteleuropäischen Wirtschaft. Mit überraschender Entschiedenheit und Sicherheit hat sie ihre wirtschaftliche Selbständigkeit durchgeföhrt und zur Tatsache gemacht. Auch die Tatsache, daß sie es verstanden hat, dem ökonomischen Verfall vorzubeugen, während viele Staaten der gewesenen Monarchie und einige neugegründete Staaten in dem Prozesse der finanziellen Auflösung gestürzt sind, verdient alle Aufmerksamkeit. Es ist sicher beachtenswert, daß die tschechische Krone sich von der Entwicklung des valutarrischen Kurzes der Nachfolgestaaten losgelöst hat und daß sie im Laufe des letzten Jahres nicht nur nicht gesunken, sondern sogar bedeutend gestiegen ist.“ Der Sowjetgesandte zählt sodann die Erfolge der tschechoslowakischen Finanzpolitik auf und zollt ihr Lob. Diese Begeisterung des Gesandten eines Arbeiterstaates für die kapitalistischste Finanzpolitik, die in Mitteleuropa getrieben wird, ist nicht überraschend — handelt es sich doch um einen Sowjetgesandten!

Die Sozialversicherung. Minister Touny erklärte über die Sozialversicherung am nationalsozialistischen Bismarck-Bevölkerungskongreß folgendes: „Ich kann sagen, daß die Alters- und Invalidenversicherung bei uns geföhrt ist und daß wir eine Vorlage haben werden, die besser sein wird, als die Deutschlands und aller übrigen Staaten. Die Arbeiterchaft wird zur Versicherung sechs Prozent zuzahlen. In der Frühjahrs-session des Abgeordnetenhauses wird sich alles um die Sozialversicherung drehen.“

Die rot-weiße Konkurrenz der nationalen Bewegung. Seitdem Abgeordneter Hudc die nationale Bewegung für seine Mandatszwecke ausnützt, haben sich die Sympathien der Nationaldemokraten für diese Bewegung — deren General Feřabel gegenwärtig zu Mussolini abgereist ist — merklich abgeföhrt. Da sie aber auf den nationalen Klimbin nicht verzichten können, organisieren sie die Bewegung der „Rot-Weißen“. Es ist dies, wie die „Narodni Democracie“ versichert, eine national-staatsfidele Organisation. Sie gibt auch eine Zeitung, den „Ruf der Rot-Weißen“ aus, in der sie auch — getreu der Devise „Am Anfang war der Aufruf“, — eine Kundgebung an die Nation erläßt, der unter anderem von den Senatoren Dula und Mareš unterschrieben ist. In dem Aufruf wird gefordert, daß alle Kundgebungen staatlicher Hoheit von nationalem Geist getragen sein sollen, daß die historischen Ländergrenzen aufrecht erhalten werden, daß an den ersten Stellen die „Ersten der Ersten“ stehen sollen, daß die national Untertänlichen aus der Armee befreit werden sollen, daß die Grenzen des Staates energisch verteidigt werden sollen und ähnliches mehr. Die „Nationale Bewegung“ hat also eine ernste Konkurrenz erhalten und es kann der lustigste Krieg zwischen den „Rot-Weißen“, die die „Ersten der Ersten“ an der Spitze sehen wollen und den Nationalbewegten, die die Tapfersten der Tapferen sein wollen, angehen.

### Musland.

**Burgendänische Gemeindevahlen.** In der jüngsten Provinz Dänemarks, im industriearmen Burgenland, das sich bei den vorjährigen Nationalratswahlen zur größten Ueberraschung nicht nur der Gegner der Arbeiterklasse, sondern auch der sozialdemokratischen Partei als eines der reichsten Länder erwies, fanden Sonntag Gemeindevahlen statt. Die ersten großen Wahlen, die während der Seipelära zur Durchführung kamen und die auch deshalb größere Beachtung verdienen, weil sie das von der Einheitsfront der zum Hof und zu jeder Gemeintheit wider die Arbeiter vereinigten Bourgeoisie prophezeite und mit solcher Bestimmtheit erwartete Debacle der Sozialdemokraten nicht brachte! Die burgenländischen Genossen, die bei dieser Wahl nur auf ihre eigene Kraft angewiesen waren, denen nicht die Unterstützung der niederösterreichischen und steirischen Genossen zu Gebote stand, wie im Vorjahr, schlugen sich trotzdem über Erwarten glänzend. Es gelang weder den generalmobilitierten Kandidaten, noch den römisch-kerklichen Probenauern und tafmudanbetenden Hörndl- und Körndlsjuden, die den Wahlkampf mit Sektgulasch und Schnaps bestritten, nennenswerte Erfolge zu eringen. In vielen Gemeinden gewannen sogar die Sozialdemokraten viele Hundert neue Stimmen, so erhöhte sich die Stimmenzahl in Eisenstadt um 887 Stimmen, in fünfzig anderen Gemeinden beträgt der Zuwachs 50 bis 150 Stimmen. In einigen wenigen Gemeinden, die einen Stimmenrückgang erkennen lassen, ist dieser so geringfügig und bemerkenswert vielleicht nur aus dem Grunde, weil er auf die interessante Tatsache zurückführt, daß ein paar Duzend jüdische Stimmen ihren Weg ins christlichsozial-monarchistische Lager gefunden hatten und so den Ausschlag gaben. Paradierten doch sogar auf den „christlichsozialen“ Listen Christen von so arischem Geblüt wie jener „Wizetabiner“ in Frauenkirch. Und trotz alledem gelang es unseren burgenländischen Genossen, den Anschlag des gesamten zur Seipelschneidenden Bürgertums abzuschlagen. Das endgültige Wahlergebnis liegt wohl noch nicht vor, fest steht jedoch schon heute: Nach wie vor ist der größte Teil des Burgenlandes sozialdemokratisch — das ist von herrlichster Vorbedeutung für die nächste Entwicklung in Desterreich.

### Wieder eine Niederlage der Regierung Seipel.

**Genosse Neumann vom Verfassungsgericht freigesprochen.**

Wien, 28. März. (Eigenbericht.) Der Verfassungsgerichtshof hat heute mittag über die Frage der Bundesregierung gegen den Bürgermeister Genossen Neumann das Urteil gefällt, wonach Genosse Neumann von der Anklage freigesprochen wird. In der Begründung wird erklärt, daß der Bürgermeister zwar verpflichtet gewesen wäre, die Weisung der Regierung zu befolgen, doch handelt es sich in der Nichtbefolgung nicht um eine Rechtsverletzung, denn der Bürgermeister konnte der Auffassung sein, daß die Begründung der Auffassung sein, daß die Begründung des Landes falls, da das Gesetz nicht ganz klar ist. Die „Reichspost“ hatte schon heute früh von dem Urteil Mitteilung gemacht und der Vorstand des Verfassungsgerichtshofes polemisiert im Anschluß an das Urteil gegen die unzulässige Mitteilung aus der Urteilsberatung, die einen schärferen Mißbrauch darstellt. Die „Reichspost“ hat die Bemerkung gemacht, daß der Verfassungsgerichtshof die Unzulässigkeit der Zeichenverbrennung erklärt hat. Das ist natürlich nicht richtig. Der Verfassungsgerichtshof hat sich über diese Frage überhaupt nicht geäußert, sondern hat sich nur auf die vorliegende Frage beschränkt, ob der Bürgermeister einen Beschluß der Regierung zu befolgen hat. — Die Gemeinde Wien stellt auf dem Standpunkt, daß über die Frage der Zulässigkeit der Zeichenverbrennung der Verfassungsgerichtshof gar nicht entscheiden könne, sondern daß diese Frage höchstens den Verwaltungsgerichtshof angehe. Aber selbst dieser könnte nur im einzelnen Falle entscheiden, jedoch nicht allgemein. Das christlichsoziale Blatt tut nun so, als ob die Regierung in der Lage wäre, jetzt durch einen neuen Beschluß die Zeichenverbrennung zu verbieten. Der Gemeinderat wäre aber an diesen Beschluß nicht gebunden, sobald also kein Mittel zusteht, die Zeichenverbrennung zu verhindern.

### Die Auslandsrussen.

Paris, 28. März. (Havas.) In der Generalversammlung des Zentralkomitees der tschechoslowakischen Gesellschaft in Frankreich wurden Ministerpräsident Poincaré, der ehemalige Ministerpräsident Clemenceau, Marschall Foch, der erste Kommandant der Legionäre Major Salla und der Rat der tschechischen Kolonie während des Krieges Louis Martin zu Ehrenmitgliedern ernannt. Der Vorsitzende Sis erwähnte die kürzlichen Interviews Strzynski und sprach seine Freude über die vom polnischen Minister ausgeprägten freundschaftlichen Gefühle aus. Strzynski, sagte Sis, wurde zum Dolmetsch des Gedankens des ganzen tschechischen Volkes, des Gedankens, daß es im Interesse beider Völker liege, daß die geschichtliche Freundschaft beider Staaten durch einen Bund befestigt werde, sobald ein Block des Widerstandes gegen die deutsche Expansivkraft beseitigt wird.

## Der Zweck der Stinnes-Reise.

### Ein großer Fischzug auf Kosten der Arbeiter.

Berlin, 28. März. (Eigenbericht.) Von den vielen Vermutungen, die anschließend an die Stinnesreise aufstachen, ist wohl nur das bemerkenswert, was Bertinotz im „Echo de Paris“ schreibt. Er erinnert daran, daß Stinnes anfangs für eine Allianz mit Frankreich eintrat, später aber gegen den Zahlungsplan vom Mai 1921 auftrat. Wenn er jetzt wieder in die politischen Dinge eingreift, so sei es klar, daß er für seine Dienste wiederum große industrielle Vorteile fordern werde. So strebe er die Beherrschung des

Wirtschaftskörpers des Reiches und der Bahnen an. Der „Vorwärts“ erinnert im Anschluß an diese Ausführungen an die verhängnisvolle Rolle, die Stinnes in Spa gespielt hat und an seinen Kampf gegen die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth. Sollte es sich bewahrheiten, daß Stinnes erneut am Werke ist, Politik und Geschäft zu vereinen und die Kosten der deutschen Arbeiterschaft aufzubürden, so wäre das eine schwere Gefahr für den proletarischen Abwehrkampf im Ruhrgebiet.

### Das Unterhaus über die Ruhrfrage.

London, 28. März. (Wolff.) Im Unterhause fand heute nachmittag die mit großer Spannung erwartete Aussprache über die Ruhrfrage statt. Der Sekretär Lord Georges Sir E. Grigg eröffnete die Aussprache mit seiner Jungferrede, die die Zustimmung aller nachfolgenden Redner fand. Er hob den großen Schaden hervor, den der englische Handel gegenwärtig durch die Besetzung des Ruhrgebietes erleidet. In den letzten zwei Monaten sei man unmerklich in eine neue Phase der französischen Politik in bezug auf die Ruhr gelangt. Bisher habe man mit dem Friedensvertrag von Versailles zu tun gehabt, jetzt jedoch mit einem neuen Gedankenkreis, der weit über den Friedensvertrag hinausgehe. Jeder britische Sachverständige habe berichtet, daß Deutschlands Entwaffnung so gut wie vollendet sei. Wenn ein Beweis für Deutschlands Entwaffnung notwendig sei, so trete er im augenblicklichen Stand der Dinge im Ruhrgebiet zutage, wo Deutschland am Boden liegt, während das Herz seiner Industrie von nur einer Handvoll bewaffneter Männer besetzt gehalten wird. Jedes Wort im Garantietexte des Friedensvertrages zeigt, daß dessen Zweck war, die Erzwingung dessen zu sichern, was tatsächlich im Friedensvertrage stand, nicht aber die Erzwingung neuer Forderungen, die vollkommen außerhalb des Vertrages liegen.

### Verbot einer deutschen Anleihe durch die Reparationskommission.

Paris, 28. März. (Havas.) „Le Matin“ bringt die Meldung, daß die Reparationskommission einmütig beschlossen hat, daß Deutschland nicht das Recht besitze, ohne Zustimmung der Kommission eine Anleihe abzuschließen. Die Entscheidung wurde auf Ersuchen der französischen Regierung getroffen, die urteilt, daß die Reichsregierung mit der Ausdehnung einer Anleihe von 200 Millionen Goldmark in ausländischen Devisen, ohne die Reparationskommission um ihre Einwilligung zu ersuchen, gegen den Friedensvertrag handele. „Matin“ fügt hinzu, daß die Reparationskommission alle Rechte

### Einigkeit der Entente gegenüber den Türken.

London, 28. März. (Havas.) Die alliierten Vertreter haben die Berichte der Sachverständigenausschüsse über die finanziellen, wirtschaftlichen und anderen Teile der türkischen Gegenvorschläge einstimmig gebilligt. Der Entwurf einer Note auf die Note Ismet Paschas vom 8. März wurde angenommen. Der Entwurf wird den einzelnen Regierungen zur endgültigen Annahme unterbreitet werden, der innerhalb von 48 Stunden erwartet wird. Es wird sodann eine gleichlautende Note von dem britischen, dem französischen und dem japanischen Vertreter nach Konstantinopel zur Übermittlung an die Regierung von Angora gefandt werden. Die französische Delegation kehrt morgen nach Paris zurück.

### Der Hunger in Rußland.

Moskau, 28. März. (R.R.) Die Lage der russischen Gebiete, die durch den verderblichen Hunger litten, läßt sich folgendermaßen darstellen: Die Zahl der leidenden Bevölkerung im Gebiete der Wolga und Arim erreichte fünf Millionen. Die Zahl derer, die von der Regierung unterstützt werden, überschreitet eine Million; die ausländischen Hilfsorganisationen verteilen bis zehn Millionen Tagesportionen. Es verbleiben daher ungefähr zwei Millionen, die Hilfe bedürfen, um die Zeit von drei Monaten bis zur neuen Ernte, die sehr günstige Ergebnisse verspricht, zu überstehen. Gleichzeitig mit der fortschreitenden Erhöhung der öffentlichen und der Regierungsbeihilfe beabsichtigen die ausländischen Hilfsorganisationen ihre Mitarbeit auszubreiten.

### „Hochverräter“ in Polen.

Warschau, 28. März. Einige heutige Warschauer Blätter bringen die Meldung, daß gegen die wehrkräftigen Abgeordneten Jabobin und Baronov Anklagen wegen Teilnahme an dem Komplote betreffend die Abtrennung des wehrkräftigen Gebietes von Polen erhoben wurden. An der Verschwörung nahmen 45 Wehrkräftige teil; davon befinden sich 39 in Untersuchungshaft in Grodno.

auf das Eigentum und die Einnahmen des deutschen Staates besitz. Die Kommission betraute Bradbury und Delacroix damit, in diesem Sinne eine energische Note zu verfassen.

### Knilling schürt die Putzschlitten.

München, 28. März. Die bayerische Staatszeitung kündigt ein schärferes Eingreifen gegen die auswärtigen Journalisten an, die immer Meldungen über angebliche Putzschlittenspreparierungen in Bayern verbreiten. Das kommunistische Münchener Blatt „Rote Bayernfahne“ wurde auf vier Wochen verboten.

### Hitler und Konferten.

Berlin, 28. März. (Eigenbericht.) Die Prager „Bohemia“ veröffentlichte vor einiger Zeit ein Interview, in dem gegen das Treiben der Hitlerleute Stellung genommen wurde. Nun erklärt Herr von Duden in München, daß er mit diesem Interview nichts zu tun habe. Das scheint darauf hinzuweisen, daß die vaterländischen Verbände, die eine Zeit lang gegen Hitler auftraten, nun mit ihm gemeinsame Sache machen.

### Böhmische Ablenkungsmanöver.

Berlin, 28. März. (Eigenbericht.) In einigen Blättern wurde behauptet, daß die proletarischen Selbstschutzwachen in thüringischen Städten Übungen abhielten und Gewehre, Karabiner und 100 Maschinengewehre besäßen. Die thüringische Regierung erklärt nunmehr, daß es sich bei diesen Meldungen um tendenziöse Erfindungen handle, die die Deffenlichkeit von dem Treiben der Rechtsradikalen ablenken sollen. Die Polizei, die scharfe Kontrolle übt, habe noch nirgends bemerkt, daß die proletarischen Selbstschutzwachen bewaffnet wären.

## Tages-Neuigkeiten.

**Bernichtende Niederlage der Christlichsozialen bei den Betriebsauschüßterwahlen in Regelsdorf.** Ein Genosse schreibt uns: Regelsdorf, der bekannte Wallfahrtsort der ostböhmischen Merksalen, wurde am Palmsonntag zu einem Kampfplatz der freien Gewerkschaft gegen die Christlichsozialen. An diesem Tage fanden daselbst nämlich die Betriebsauschüßterwahlen für den Betrieb Selmann statt. Wenn man berücksichtigt, mit welcher Hege diese Wahlen von den Gegnern vorbereitet wurden, wie unsere Mitglieder, insbesondere die Frauen, durch die Schwarzen judiziell bearbeitet wurden, wenn man weiterhin berücksichtigt, daß die Christlichsozialen im verfluchten Jahre einen Terrorprozeß heraufbeschworen, dem sechzehn freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter zum Opfer fielen, und daß nur die christlichsoziale Organisation diesen Terror für ihre Zwecke auspländerte, und wenn man insbesondere das von dieser Partei verbreitete Flugblatt liest, dann erst kann man die Größe der Niederlage, welche diese Partei am Sonntag erlitten hat, richtig beurteilen. Wir geben hier einige Blätter des famosen Flugblattes den Lesern zum Besten:

„Am Palmsonntag handelt es sich, überzogene Christen! Hinweg mit dem bisherigen Zwittertum! Entweder handelt ihr als ganze Christen, so könnt ihr nur die christliche Kandidatenliste wählen; handelt ihr anders, dann läßt es gleich einem offenen Verrat an eurer eigenen religiösen Überzeugung.“

„Nicht Religion ist ihnen Privatfache: Dies ist ein leeres Schlagwort der Gegner. Die letzten Jahre haben zur Genüge die Hohlheit dieses Schlagworts bewiesen, indem man christlich organisierte Arbeiter brotlos machte, mißhandelte, verhöhrte und verhöhrte alles nur, wegen ihres Glaubens.“

„...denkt zurück an den Terror, der ausgeübt wurde! Gott sei Dank, mit der Zeit des Terrors ist es vorbei. — Anlässlich der hl. Volkstagskommission habt ihr gewiß ernste Besätze gefaßt: Nun bringt auch den Mut auf, sie in die Tat umzusetzen.“

„Wollt ihr nicht Verräter an eurer Sache sein, so gibt es nur einen Weg: euerer Stimme der christlichen Kandidatenliste Nr. 2, zu geben!“

Verband Christlicher Textilarbeiter.

Nach diesem Flugblatt begeht also jeder ehrliche Arbeiter einen Verrat, wenn er seine Stimme im Betriebe den Vertretern des Klassenkampfes gibt. Keinen Verrat begeht er, wenn er für solche Leute stimmt, die die Arbeiter auf ein besseres Jenseits vertragen, hier auf Erden aber ruhig mit zusehen, wie jüdische und christliche Fabrikanten aus dem Schwelche der armen Arbeiter Kapitalien anhäufen und im Reichtum schwelgen. Wo in aller Welt wurde aber im Betriebe jemand brotlos gemacht, mißhandelt, verhöhrte und verhöhrte wegen seines Glaubens? Daß der Flugblatt-Schreiber dem lieben Herrgott dankt, daß wir in unserer demokratischen Republik ein Terror-Gesetz haben, nimmt weiter nicht Wunder; diesen Herren ist ja jedes reaktionäre Gesetz nur angenehm. Dafür nennen sie sich ja auch „sozial“. Das Schönste an dem ganzen Geschmiere ist aber der Hinweis auf die Tätigkeit der Missionäre. Hier bestreitet das Flugblatt selbst, — worauf wir schon immer hingewiesen haben, — daß die Aufgabe dieser Missionen nicht religiöse Erbauung und Seelsorge ist, sondern daß durch diese Missionen in der Kirche parteipolitische Hege getrieben wird, um die Arbeiter vom Klassenkampf abzubringen und sie zu wirrlichen Werkzeuigen des internationalen Kapitals zu machen. Die Arbeiterschaft läßt sich jedoch von diesen Leuten nicht mehr fördern. Das hat auch der Ausgang der Regelsdorfer Wahlen in den Betriebsauschüßterwahlen bewiesen. Von neun zu vergebenen Mandaten entfielen auf die Liste der Union der Textilarbeiter acht Mandate, während die Christlichsozialen ein einziges Mandat erhielten. Der christlichsoziale Sekretär Herr Renner prahlte in allen Versammlungen von dem kolossalen Aufschwung der christlichsozialen Organisation. Zahlen haben wir aus seinem Munde nie vernommen: Die Regelsdorfer Betriebsauschüßterwahl zeigt uns nun am besten den „Erfolg“ der Schwarzen.

**Die Postverwaltung und die Sprachenfrage.** Der Verkehrsminister hat nun schon wiederholt, namentlich im Zusammenhang mit der deutschen Adresse der Prager Pensionsanstalt, Anlaß zu unliebamer Beschäftigung gegeben. Nunmehr wird uns mitgeteilt, daß die Landesstelle II der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag folgendes Aviso versendet:

Sehr wichtig!  
Wir ersuchen, bei Zuschriften an die Landesstelle die Offenderbezeichnung immer in der vorgeschriebenen Form:

„Podstatok nabrezi 10“ zu gebrauchen, oder einfach die Kontraktionsnummer: 8, p. 200/II, anzuführen. Der Gebrauch der deutschen Bezeichnung „Podstatok“ ist zu vermeiden, weil nach einem Erlasse der Postdirektion derart adressierte Poststücke von der Zustellung ausgeschlossen sind.

Wir ersuchen, auch Ihren Angestellten hiervon Mitteilung zu machen.

Landesstelle II  
der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag II,  
„Podstatok nabrezi 10.“

Also ein „großer Sieg“ der Postdirektion. Ein Chinese wurde wahrscheinlich, wenn er den „Podstatok nabrezi“ kennen würde, ein Schreiben mit der Adresse „Podstatok“ auch nur an die richtige Adresse ohne überlegen weiterleiten. In der tschechoslowakischen Postverwaltung gibt es aber keine Chinesen.

**Wie im großen so im kleinen.** Aus Jägerndorf wird uns geschrieben: Montag fand hier eine Konferenz der Vertreter der Konsumenten mit der Fleischergenossenschaft statt, bei welcher die Fleischer mit Rücksicht auf die höheren Gesteuerungskosten des Lebenswieses eine Erhöhung der Preise für Rindfleisch von 10 bis 12 Kronen auf 14 Kronen forderten. Da trotz der Bemühungen unserer Genossen eine Verständigung nicht möglich war, gaben unsere Vertreter eine Erklärung ab, die den heftigsten Widerstand der Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei u. der freien Gewerkschaften zum Ausdruck brachte. Unsere Vertreter erklärten ausdrücklich, einer Erhöhung der Fleischpreise nicht zustimmen zu können, weil die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten und die große Arbeitslosigkeit diese nicht verträgt. Nach dieser Erklärung betonte der Deutsche Viktor Duntel, das deutsche Volk müsse auch in dieser schweren Zeit einen Mittelweg zur Verständigung in dieser Frage finden, trotzdem er vorher erwähnt hatte, daß die Arbeiter und Angestellten eine weitere Preissteigerung des Fleisches nicht vertragen! Der famose „Arbeiter“-vertreter hat somit in öffentlicher Sitzung den Unernst bewiesen, mit der seine Partei Arbeiterfragen abwürgt.

**Die Hungernot in Rußland.** Wie die Russische Telegraphen-Agentur berichtet, teilte Winokurov auf einer Sitzung der Kommission der Hungerhilfe in Moskau mit, daß die Situation in den vom Hunger betroffenen Gebieten sich zu verschlimmern beginne. An der Wolga befinden sich vierzehn Millionen Menschen in einer schweren Lage. Sie sind für die nächsten drei Monate nur mit der Hälfte der nötigen Lebensmittel eingedeckt. Die Kommission will ihr Hilfswort bis zur neuen Ernte verstärken. — Die hier amtlich bekanntgegebenen Angaben über die Hungernot in Rußland stehen in krassen Widerspruch zu den Erklärungen der kommunistischen Presse, daß Rußland Getreideüberschüsse aufzuweisen habe.

**Protestversammlung der Bankbeamten.** Gestern protestierte die im Verbands der Bank- und Sparkassenbeamten organisierte Beamtenschaft der Prager Geldinstitute in einer großen Versammlung gegen die Willkür des „Eozas desolatenstsch bank“. Die Versammlung fand im Saale des „Lidovy dum“ statt und war so zahlreich besucht, daß im Nebenraume noch eine zweite Versammlung abgehalten werden mußte, die ebenfalls kaum die Massen der zusammengeströmten Bankbeamten fassen konnte. Es sprachen Sekretär Kollin, Dr. Freund und Andršt, die in scharfer Weise das skandalöse Vorgehen der Bankdiktatoren verurteilten. Ihre Ausführungen zielten in der Hauptsache darauf ab, die führenden Bankdirektoren eigenmächtig ohne die von den Vertretern der Bankbeamten angeführten Gründe einzusehen, ein unumschränktes Regime anzustreben, und die Bezüge ihrer Angestellten nach eigenen Gutdünken regeln wollen. Daß die organisierte Bankbeamtenschaft ein solches Diktat nicht widerspruchslos über sich ergehen lassen wird, war aus dem brausenden Beifalle zu erkennen, der den Rednern gesollt wurde. In der zweiten Versammlung sprachen die Beamten Rischer, Krtaj, Stein und Pengseld, die ebenfalls unter freier Zustimmung die Beamtenschaft zur Einigkeit und Entschlossenheit aufforderten. Auch hier bewies die Stimmung und die Anwesenheit aus den Reihen der Teilnehmer, daß die Bankbeamtenschaft die Forderungen ihrer Unterhändler voll und ganz unterstützen wird und nach wie vor treu zu ihrer Organisation hält.

Diese beiden Kundgebungen waren wiederum ein mächtiger Schritt vorwärts auf dem Wege, der die kampfbereite Organisation der Bank- und Sparkassenbeamten im Interesse der Lohnkämpfer der nimmermüden Bankokratie gegen das Unbestimmte gehen muß, und der harte Erfolg beweist, daß alle Streikschäden überwunden sind und die Beamtenschaft lastfrei die Aktionen der Organisationsleitung unterstützen wird. Und daß schon dieser Erfolg das Verdienst der Schachtmaderei der Direktoren ist, wird deren größter Schmerz sein.

**„Graf“ Sternberg aus Oesterreich ausgewiesen.** Aus Wien wird gemeldet: Der gewesene Graf Walbert Sternberg, der tschechoslowakische Staatsbürger ist, wurde durch ein Polizeibefehl aus Wien und Oesterreich wegen unbedeutender Herausforderung zu Duellen ausgewiesen. Die Ausweisung ist die Folge der Affäre Sternbergs im Wiener Klub, deren einzelne Mitglieder Sternberg geklagt hat und sie nach verlorenen Prozessen zu Duellen herausgefordert hat.

**Lenins Befinden.** Aus Moskau wird folgendes Bulletin vom 27. ds. über den Gesundheitszustand Lenins mitgeteilt: Seit dem 22. ds. bis zum gestrigen Tag hat das Befinden Lenins keine besonderen Veränderungen gezeigt. Gestern abends stieg die Temperatur auf 37,6, heute früh betrug sie 38, Puls 106, Atmung 30.

**Brand im Mailänder Rathaus.** Nach einer Meldung des „Kotin“ aus Rom wurden durch einen Brand im Mailänder Rathaus bedeutende Schäden verursacht.

**Verband tschechoslowakischer Blindenvereine.** Die Blindenvereine in der Tschechoslowakischen Republik haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen. Der Verband beabsichtigt an der kulturellen und sozialen Erhebung des Niveaus der Blinden in der Republik zu arbeiten, eine Zentralbibliothek für Blinde zu errichten, für den obligaten Besuch der Blindenanstalten durch die blinden Kinder und für die gezielte Lösung der Blindenfürsorge einzutreten, überaus die Interessen der Blinden in der Tschechoslowakischen Republik zu vertreten.

**Räuberische Überfälle.** Gestern um 3 Uhr früh wurde in den Celakovsky-Anlagen in Prag-Weinberge die Tänzerin Bokova B. von zwei Männern überfallen, die ihr ein Ledertäschchen mit 500 K und Dokumenten entrieffen. Einer der Männer verletzte sie mit einem Messer an der linken Brustseite. Auf die Hilferufe der Überfallenen entschloß die Angreifer. — Das Dienstmädchen Marie C. wurde in der gestrigen Nacht in Stevanov auf dem Heimwege von einem Manne verfolgt, der sie dann bei der Polekavogasse anpöbelte und ihr ein Täschchen mit 400 K entrieff.

**Ein Plünderer physischer Kabinette.** Dieser Tage gelang es in Neu-Jičin den bekannten Dieb und Betrüger Josef Jaderle festzunehmen, der zu Beginn der Festszeit des vorigen Jahres in einer Reihe von Schulen in Böhmen und Mähren physische Kabinette ausplünderte und so einen Schaden von über 200.000 K anrichtete.

**Das provisorische Investitionsprogramm für Groß-Prag.** Der gesammte Bauplan der staatlichen Regierungskommission für Groß-Prag umfaßt, wie das „Prager Abendblatt“ meldet, 180 Quadratkilometer. Der Prager Gemeinde handelt es sich darum, ein provisorisches Investitionsprogramm für die Dauer von ungefähr fünf Jahren zu schaffen. Da der Staat selbst in allerhöchster Zeit große Bauten durchführen wird, wie Bahnhöfe, Flugbauten, die Verlegung des Flußbettes der Moldau in Holschowitz u. a., muß auch die Prager Gemeinde mit diesen großen Veränderungen rechnen. Die Prinzipien, von denen sie sich leiten läßt, sind etwa folgende: Die Durchführung der notwendigen Arbeiten wird vom Stadtmännern nach der Peripherie zu erfolgen, damit der Kern Groß-Prags, d. i. das Innere Prags mit Weinberge, Karolinenthal, Smichow und den anderen bereits ausgebauten Vorstädten, der Bedeutung der Hauptstadt der Tschechoslowakischen Republik entspreche. In den entlegeneren Gemeinden werden zunächst die dringendsten sanitären und kommunikativen Mängel beseitigt werden. Die stark frequentierten Straßen werden moderner Pflaster erhalten. Das weitere Programm betrifft die Kanalisierung, Wasserversorgung, Reinigung und Beleuchtung der Stadt, Bauten von Schulen, Kranken-

häusern, Sanatorien, Lagern und Humanitätsanstalten und großer Zentralfriedhöfe für das rechte und linke Moldau-Ufer. Einer derselben soll bei Chobau angelegt werden. Bestimmte Teile, wie Lieben und Wjoshan, werden zu Industriezentren ausgebaut werden. Villenquartier und Anlagen sollen rings um Prag einen sogenannten grünen Gürtel bilden.

**Ein Frühlingsgewitter.** Gestern ging kurz nach 6 Uhr abends ein Gewitter über Prag nieder, das allerdings nur von sehr kurzer Dauer war. Einige Blitze, ein paar Donnererschläge und ein kleiner Spritzregen — und das erste heurige Frühlingsgewitter war verüber. Da Gewitter so kurz nach Beginn des Frühlings im März zu den größten Seltenheiten gehören, so erweckte das Grollen des Donners gestern natürlich Staunen, zumal es sofort finster wurde und die Strohdachbedeckung früher, als man es in den letzten zwei Wochen bereits gewöhnt war, aufflammen mußte.

## Gerichtssaal.

### Ein Cyper seiner Unbeliebtheit.

**Prag, 28. März.** Mißgunst und Haß gegen den tüchtigeren, wenn auch gleich schlecht bezahlten Kollegen sind die tiefsten Beweggründe dafür, warum heute der 28jährige Assistent der politischen Landesverwaltung, Wenzel Sabrousek vor einem Straffenat des O. O. A. kleiner stand. Sabrousek ist ein offener Kopf, der auch in den Staatskanzleien rationelle Arbeit geleistet sehen möchte und der daher, getrieben von einem natürlichen Geschäftssinn alles unternimmt, um das zu befeitigen, was diesem seinen Geschäftssinn zuwider und verhaßt war. Und da auch „von oben herab“ Weisungen kamen, die Arbeitsmethoden zu vereinfachen und ertragfähiger zu machen, so fand Sabrousek weitestgehendes Verständnis, als er sich mit seinen Plänen und Ideen an den Leiter des Departements, an Direktor Sandholzer wandte. Sabrousek wurde dann in eine Kasse verlegt, um hier die Verbesserungsmöglichkeiten zu studieren und eine gewisse Reorganisation durchzuführen. Sei es nun, daß Sabrousek etwas zu herrisch in der neuen Kasse auftrat, sei es, daß er den Kassenvorstand ignorierte, Tatsache ist, daß alle Beamten gegen ihn mit der Zeit eine feindliche Stellung einnahmen, da sie in ihm ja den Feindlichen sehen mußten, der nur zur Kontrolle über sie eingeleitet wurde. In dieser Atmosphäre der gegenseitigen Mißgunst konnte auch die Affäre so ungeheurer Dimensionen annehmen, die heute vor dem Richter ihren vorläufigen Abschluß fand.

Am 5. Jänner teilte der Rechnungsrat Forstl in seiner Kasse den Beamten, unter denen sich auch Sabrousek befand, zuerst einige Fiktulare und dann die Nachricht vom dem Attentat auf Dr. Rasin mit. Bei dieser Mitteilung soll nun Sabrousek aufgeatmet, „ach“ gesagt und später zum Assistenten Urban gemeint haben: „Ich gratuliere dir“. Nach sechs Wochen erst ging Forstl, der mit Sabrousek eine Auseinandersetzung gehabt hatte, zum Direktor Sandholzer und erstattete über die Äußerungen Sabrouseks die Anzeige. Bei der sofort eingeleiteten Disziplinäruntersuchung mußte keiner der Beamten mehr auszusagen, als daß Sabrousek „ach“ und „Ich gratuliere dir“ gesagt habe. Erst vor dem Untersuchungsrichter erinnerten sich dann auf einmal einige Zeugen, daß Sabrousek auch die Äußerung „Der Hund!“ und „Ich gratuliere dir, weil Rasin im Sterben liegt. Da wirst doch darüber nicht klagen, du Trottel!“ gemacht habe. Bei der heutigen Verhandlung gingen die Zeugenaussagen auseinander. Sabrousek erklärte, daß er seine Äußerung in einem anderen Zusammenhang gemacht habe und daß die ganze Affäre als Racheakt seiner Kollegen aufzufassen sei. Der Gerichtshof fand jedoch den Angeklagten des Verbrechens der Billigung einer strafbaren Handlung für schuldig und verurteilte ihn zu drei Wochen Kerker unbedingt. Der Angeklagte legte gegen das Urteil Berufung ein.

### Der Kampf um die Prager städtische Fleischkassette.

**Prag, 28. März.** Die Stadtvertretung von Prag hat in ihrer Sitzung vom 7. März 1921 den Beschluß gefaßt, bei den städtischen Fleischmarkthallen in Holschowitz eine Fleischkassette zu errichten, die den Namen „Kasna poladna sp. r.“ (Fleischkassette G. m. b. H.) führen sollte. Der Stadtrat, der die Errichtung dieser Kasse angeregt hatte, genehmigte dann am 12. November 1922 auch den Beschluß der Stadtvertretung. Bei der Errichtung der Fleischkassette kam es, wie noch erinnerlich sein dürfte, in den Markthallen zu großen Auseinandersetzungen und sogar zu Tätlichkeiten, da die Großfleischer sich weigerten, die städtische Fleischkassette anzuerkennen. Die „Gesellschaft der Großfleischer für Prag und Umgebung“ legte auch gegen die Errichtung der städtischen Kasse Beschwerde ein und begründete diese damit, daß die Kasse die Preise in die Höhe treibe, die kleinen Fleischhauer schädige und es den großen Kommissionären ermögliche, der Kontrolle zu entgehen. Mit dieser Beschwerde beschäftigte sich am 18. Februar 1922 die politische Landesverwaltung und am 8. März 1922 das Ministerium des Innern. Beide Instanzen lehnten die Beschwerde ab, da die Fleischkassette nicht etwas ungeschickliches sei und auch die Gemeinde nicht schädige. Heute hatte sich der Oberste Verwaltungsgerichtshof unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Rantulek mit der Beschwerde zu beschäftigen und wies sie gleichfalls ab mit der Begründung, daß die Beschwerde nicht wegen einer Ungefälligkeit, sondern wegen der Unrentabilität der städtischen Fleischkassette erhoben wurde. Dem Obersten Verwaltungsgerichtliche ist jedoch nicht zu über die Unrentabilität der Kasse zu entscheiden. — Damit endet der Kampf der Prager Großfleischer gegen die ihnen unbequeme städtische Fleischkassette mit ihrer vollständigen Niederlage. Im Interesse des Kampfes gegen die den Fleischmarkt beherrschende und seine Preise distanzierende Gesellschaft der Großfleischer ist dieser Ausgang des Prozesses um die Fleischkassette aufs lebhafteste zu begrüßen.

## Wirtschaft und Sozialpolitik.

**Angestelltenvorlagen im Parlament.** Der Frühjahrsession des Abgeordnetenhauses bringen die Privatangestellten großes Interesse entgegen, da ihre wichtigsten Forderungen, deren Verwirklichung bisher aus verschiedenen Ursachen verschoben wurde, zur Verhandlung gelangen. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, in denen die Privatangestellten leben, gestalten diese Forderungen zur Lebensnotwendigkeit. Die Regierung gab selbst bekannt, daß sie in der Frühjahrsession der Nationalversammlung die Novelle zum Handlungsgehilfenengesetz zur Verhandlung vorlegen wird, denn das bisherige Gesetz weist soziale Mängel auf, die es nicht mehr zulassen, daß es unter den heutigen Verhältnissen gehandhabt wird. Auch der soziale Inhalt des gesetzlichen Schutzes ist problematisch geworden; deshalb streben die Privatangestellten eine grundlegende Umwandlung ihrer Hauptansprüche an. Das Waisenkind der Gewerbegesetzgebung ist seit Jahren die gesetzliche Regelung der vollständigen, ganzjährigen Sonntagsruhe. Bereits in Oesterreich hatte das Abgeordnetenhause die Absicht, die Verhältnisse zu regeln, wenigstens in der wesentlichsten Form, doch die Verwirklichung scheiterte an der Saumseligkeit der Behörden und dem Widerstand gewisser Unternehmerkreise. Bis auf einige Großstädte wurde die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nicht eingehalten, obwohl bereits das heutige Gesetz über den Achtundneunzig die Durchführung dieser sozialen Pflicht ermöglicht. Die allgemeine Ansicht über die Zweckmäßigkeit der Sonntagsruhe im Handel erfährt eine gewaltige Wenderung, denn es streben sie nicht bloß die Handelsangeestellten, sondern auch die fortschrittlichen Kaufleute an, die den Wunsch aussprechen, daß die Sonntagsruhe endlich im ganzen Gebiete dieses Staates obligatorisch eingeführt werde. Dafür sei nur das Beispiel der Brünner Kaufmannschaft erwähnt. Den unzweifelhaften Beweis erbrachte für die strikte Einhaltung der Sonntagsruhe die von der Landesregierung Schlesiens eingeleitete Enquete, deren Forderungen jedoch nicht genügend Gehör fanden.

**Eine schwere Beschuldigung gegen die Zivnobank** erhebt die „Budoucnost“. Sie schreibt: „Als der tschechoslowakische Staat die österreichischen Papierkronen im Betrage von 200 Millionen Kronen notifizieren mußte, verdiente die Zivnobank als monopolisierter Kommissär mehr als 100 Millionen Kronen. Der Staat mußte weiter auch die österreichischen Renten in einer bisher unbekannt Höhe notifizieren; die nun 6000 Millionen Kronen erreicht hat; die Zivnobank wurde mit der Realisierung der größten Quote betraut. Eine Milliarde Kronen ist eine mächtige Einschätzung des Gewinnes des von Dr. Preis und den einflussreichen Präsidenten der Verwaltungsräte geleiteten Aktienunternehmens. Ein kleiner Apparat Sachverständiger nach Wien und auf andere Geldmärkte geschickter Detektive würde uns darüber unterrichten, wie weit der Verdienst über eine Milliarde hinausgeht. Vielen wird ein solcher Gewinn als Unmöglichkeit erscheinen, aber erwägen wir: Die Kriegsanleihen, die in der Tschechoslowakei platziert wurden, wolle oder müßte die Regierung zu vollem Kurse kaufen, das ist für 1600 Millionen Kronen. Aber von einer ähnlichen Absicht ist nichts bekannt. Bloß die Zivnobank „ahnt“ etwas und kauft lustig, wenn auch langsam, nur um nicht Aufmerksamkeit zu erwecken, Kriegsanleihen zusammen, bis die Regierung anzeigen wird, daß sie die Anleihen in einer gewissen Höhe honoriert.“ Es wäre nicht das erstemal, daß die Zivnobank, von den Absichten der Regierung unterrichtet, Wuchergewinne macht. Man muß sich nur fragen, wo die Staatsgewalt bleibt, die gegen diesen Wucher einschreiten würde.

**Auch die Müller rufen nach Mehlszöllen.** Eine Versammlung der Großmüller, die vorgestern in Prag stattfand, beschloß eine Resolution, in der verlangt wird, daß ein Zoll auf Mehl eingeführt wird und zumindestens die Mehleinfuhr in der Weise getroffen wird, daß die Einfuhr von Mehl wesentlich eingeschränkt und das importierte Getreide im Inlande vermahlen wird. Ein Redner erklärte auch, daß die in den Mühlen beschäftigten Arbeiter die Bestrebungen der Müller unterstützen. Die Müller verlangen bekanntlich einen Zoll von 90 Hellern auf ein Kilo Mehl. Dabei würde es jedoch nicht bleiben, weil die Müller und die Agrarier wahrscheinlich sofort um die Ausfuhrbewilligung von Mehl nach Oesterreich ansuchen würden, was im Inlande Mangel an Mehl und in dessen Befolge Teuerung hervorrufen würde. Eine solche gegen die Konsumenten gerichtete Wirtschaftspolitik würde natürlich neues Chaos im Wirtschaftsleben hervorrufen. Die Einfuhr von Zöllen würde nur die Müller dazu verhalten, in den Mühlen keine Investitionen durchzuführen, weil sie ja eine ausländische Konkurrenz nicht zu fürchten hätten. So würde die Industrie technisch gegenüber der Mühlenindustrie anderer Länder zurückbleiben und den Schaden hätten schließlich die Mühlenarbeiter. Mehlszölle sind nicht geeignet, die Müller dauernd zu schützen.

**Abnahme der Arbeitslosigkeit in Schweden.** Einer amtlichen Mitteilung zufolge beträgt die Zahl der Arbeitslosen in Schweden Ende Februar 49.200, was eine Abnahme von über 1300 in diesem Monat bedeutet. Unterstützungen wurden ungefähr 8000 Personen erteilt. Die Zahl der bei den staatlichen Unterstützungsarbeiten beschäftigten Arbeiter beziffert sich auf 14.350.

**Bereitet den „Sozialdemokrat“.**

## Devilenturfe.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich . . . . .	Schw. Frank 16.07'50
Berlin . . . . .	Mark 620'00
Wien . . . . .	Scherr. Kr. 2125'00

## Prager Kurze.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . . . .	1856'00	1360'00
10.000 Mark . . . . .	16.25'00	17.25'00
100 belg. Francs . . . . .	193'25	194'75
100 schweiz. Francs . . . . .	633'75	636'25
1 Pfund Sterling . . . . .	160.62'50	162.12'50
100 Lire . . . . .	168'25	169'75
1 Dollar . . . . .	34.20'00	34.60'00
100 francs. Francs . . . . .	222'25	223'75
100 Dinar . . . . .	35.87'50	36.37'50
10.000 magyar. Kronen . . . . .	78.00'00	80.00'00
10.000 poln. Mark . . . . .	8.00'00	9.00'00
10.000 österr. Kronen . . . . .	4.05'00	5.15'00

## Züricher Schlußkurze.

	Geld	Ware
Paris . . . . .	55.25'00	35.35'00
London . . . . .	25.37'00	25.40'00
Berlin . . . . .	0.02.58'00	0.02.61'00
Mailand . . . . .	26.90'00	26.95'00
Holland . . . . .	213'40	213'80
Wien . . . . .	0.00.75'50	0.00.76'50
Budapest . . . . .	0.11'50	0.12'50
Prag . . . . .	18.05'00	18.10'00
New York . . . . .	5.41'00	5.42'00
Belgrad . . . . .	5.50'00	5.60'00
Warschau . . . . .	0.0.0.12'00	0.0.0.14'00
Wien gelt. . . . .	0.00'00	0.00'00

## Kunst und Wissen.

**Neues Theater.** Samstag, 5 Uhr „Vorfall“; Donnerstag nachmittags „Proskuita“, abends Richard Strauß' Musikkomödie „Der Rosenkavalier“ unter Zemlin's Leitung; Oftermontag nachmittags „Mit-Geibelberg“, abends „Aachen“.

**Kleine Bühne.** Samstag und Oftermontag abends der neue Operettenschwan „Cheurlaub“ von Jean Gilbert; Sonntag, halb 3 Uhr „Etemporale“; Montag abends Gastspiel Käthe Dorjsh-Huttig „Riki“ nachmittags „Die kleine Zünderin“.

**Arbeiterdarstellung „Der Widerpenstigen Jähmung“** — Gastspiel Leopold Kramer, Sonntag, den 8. April, halb 3 Uhr, das neuinszenierte Shakespeare-Lustspiel „Der Widerpenstigen Jähmung“ mit Leopold Kramer als Petruschko. Kartenverkauf bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25, Kleiner Bazar.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

„Lolle Weiber“ (Folisch Wives). 1490

Berausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Germon. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

**GEORG SCHICHT AG**

**Aisan**

**AUSSIG**

*Ich sporn' dich, geh' zu Aisan!*

1504

**Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,** Tischergasse 6, 1002 empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Faktionen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

**STEMPE!** Inserieren Sie im **F. CHMEL** „Sozialdemokrat“ Prag II., Nokolanka 18.